



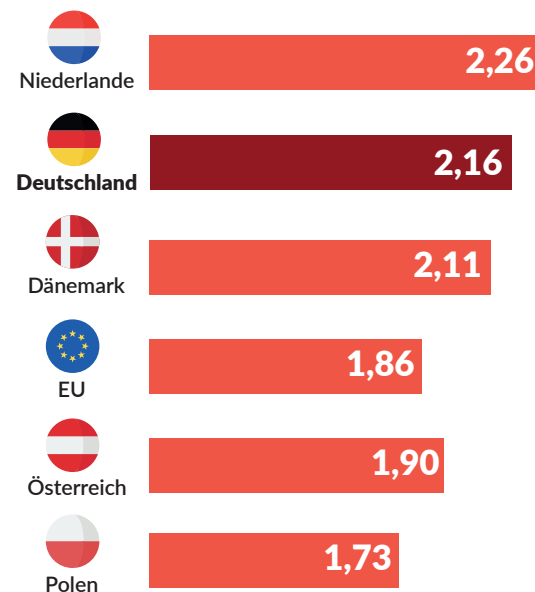
Die Zeche zahlen am Ende die Bürger

Hohe Spritpreise sind nicht einfach Schicksal, sondern auch Ergebnis politischer Entscheidungen. Natürlich wirken Kriege, Marktverwerfungen und Unsicherheit auf den Ölpreis. Doch der Preis an der Zapfsäule wird in Deutschland zusätzlich durch eine **massive staatliche Belastung** nach oben getrieben. **Der Staat verdient an jedem teuren Liter kräftig mit.**

Der Kraftstoffpreis setzt sich aus einer politisch gewollten Bündelung von Energiesteuer, CO₂-Bepreisung und Mehrwertsteuer zusammen. **Anfang März 2026 lagen die Steuer- und Abgabenanteile bei rund 58 Prozent für Benzin und 48 Prozent für Diesel.**

Gerade im ländlichen Raum ist dies eine massive Belastung, die für viele Bürger kaum zu stemmen ist. Das Auto ist für viele ein nicht wegzudenkendes Bestandteil ihrer Alltagsrealität. **Mehrere Studien der letzten Jahre stellen ausdrücklich fest, dass Deutschland bei der steuerlichen Belastung von Kraftstoffen deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt.** Mobilität wird damit künstlich verteuert, Kaufkraft entzogen und wirtschaftliche Aktivität ausgebremst. Sichere Energieversorgung wird daher im 21. Jahrhundert auch zur entscheidenden sozialpolitischen Fragestellung werden, für die wir uns rüsten müssen.

Durchschnittlicher Diesel-Tankstellenpreis p. Liter im europäischen Vergleich (Stand 09.03.2026)



Die Krise ist hausgemacht

Vom Ukraine-Krieg bis zur Eskalation im Nahen Osten zeigt sich immer deutlicher, dass Deutschland energiepolitisch nicht krisenfest aufgestellt ist. Die jüngsten weltpolitischen Entwicklungen führen mit aller Deutlichkeit vor Augen, wie verletzlich Deutschlands Energieversorgung geworden ist.

Steigende Unsicherheit auf den Weltmärkten, gestörte Transportwege und wachsende Risiken für Öl- und Gasströme schlagen unmittelbar auf die Preise in Deutschland durch. Gleichzeitig fehlt eine belastbare politische Linie, die Versorgungssicherheit, Wirtschaftsstabilität und nationale Handlungsfähigkeit zusammendenkt. Statt Versorgung breit abzusichern, hat Deutschland sich in eine Lage manövriert, in der **externe Krisen auf Tankstelle, Heizkosten und Stromrechnung direkt durchschlagen.**

Fehlende langfristige Absicherung, politische Fehlentscheidungen und eine zu geringe strategische Vorsorge haben dazu geführt, dass die Energiefrage längst zu einer Frage der wirtschaftlichen Stabilität und des alltäglichen Lebens geworden ist.



Bezahlbare Energie. Bezahlbare Mobilität.



Die letzte Konsequenz jeder Energiepolitik zeigt sich im Alltag besonders deutlich an der Zapfsäule. **Hohe Tankpreise treffen Pendler, Familien, Selbstständige, Handwerksbetriebe, Lieferdienste und den gesamten Verkehrs- und Logistikbereich.** Sie wirken bis in die Preisbildung des täglichen Lebens hinein, weil fast jede Ware, jede Dienstleistung und jeder Arbeitsweg von bezahlbarer Mobilität abhängt.

Gerade deshalb braucht die Diskussion über Energie ein Leitbild, das den Zusammenhang zwischen Versorgung und Preisstabilität klar in den Mittelpunkt stellt. **Bezahlbares Tanken ist Teil einer funktionsfähigen Wirtschaftsordnung. Es stärkt den ländlichen Raum, sichert berufliche Flexibilität, entlastet kleine und mittlere Einkommen und stabilisiert die Kostenstruktur in zahlreichen Branchen.** Die Energieversorgung braucht eine strategische Ordnung, die Preisrisiken verringert und Versorgungslücken verhindert.

Aus diesem Leitbild ergibt sich eine klare Richtung. Kraftstoffe dürfen nicht immer weiter durch politische Preisbestandteile verteuert werden. Gleichzeitig braucht Deutschland eine Energiepolitik, die Speicher, Reserven, Leitungen und Lieferbeziehungen konsequent sichert. **Erst aus dieser Verbindung von Entlastung und Versorgung entsteht dauerhafte Stabilität.**

Energiepolitik muss die Grundlagen des alltäglichen Lebens sichern. Sie muss Mobilität ermöglichen, wirtschaftliche Substanz schützen und Preisrisiken begrenzen. **Ein Land, das seinen Bürgern den Weg zur Arbeit, den Einkauf und die berufliche Beweglichkeit immer weiter verteuert, schwächt am Ende sich selbst.**

Forderungen

Abgaben und Preise sofort senken



- ▶ CO2-Abgabe abschaffen.
- ▶ Energiesteuer auf Kraftstoffe deutlich absenken.
- ▶ Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe befristet auf 7 Prozent reduzieren.
- ▶ Preisbremse für staatlich verursachte Preisbestandteile bei Kraftstoffen einführen.
- ▶ Erhöhung der Entfernungspauschalen auf 50 Cent.

Mobilität und Marktordnung stabilisieren



- ▶ Soforthilfepaket zur Steuerentlastung an der Zapfsäule auf Bundesebene durchsetzen.
- ▶ Mögliche unlautere Preissteigerungen durch Mineralölkonzerne kartellrechtlich prüfen lassen.
- ▶ Versorgung von Handwerk, Mittelstand, Transport und Logistik als eigenständiges Ziel der Kraftstoffpolitik absichern.

Energieinfrastruktur sichern



- ▶ Wiederinbetriebnahme von Kernkraftwerken.
- ▶ NordStream 1 und 2 reparieren und in Betrieb nehmen.
- ▶ Handelshemmnisse und Sanktionsspiralen beenden.
- ▶ Langfristige Erdgaslieferverträge im Rahmen einer pragmatischen Energie-Diplomatie neu verhandeln.



V.i.S.d.P. AfD-Fraktion MV, Nikolaus Kramer
Lennestraße 1, 19053 Schwerin

KONTAKTIEREN SIE UNS JETZT!



www.afd-fraktion-mv.de



kontakt@afd-fraktion-mv.de



[@AfDFraktionMV](https://www.facebook.com/AfDFraktionMV)



[@afdfraktion_mv](https://www.instagram.com/afdfraktion_mv)



[@AfDFraktionMV](https://www.youtube.com/AfDFraktionMV)



FRAKTION IM LANDTAG
**MECKLENBURG-
VORPOMMERN**